

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verantwortlich: Nachrichten Dresden
Verlagsredaktion: Postfach 100
Für den Verleger: Postfach 100

Bezugs-Gebühr vom 16. bis 20. November 1927 bei tägl. zweimaliger Ausfertigung drei Haus 1,50 Mk.
Postbezugpreis für März: November 3 Mark ohne Postzustellungsgebühr.
Einzelnnummer 10 Pfennig.

Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet die einseitige 30 mm breite
Zeile 30 Btg. für auswärts 40 Btg. Familienanzeigen und Stellenangebote ohne
Rabatt 15 Btg. außerhalb 20 Btg. die 20 mm breite Reklamspalte 200 Btg.
außerhalb 300 Btg. Chertanzgebühren 10 Btg. Annoncen-Verträge gegen Vorabzahlung.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:
Marienstraße 38 42

Druck u. Verlag von Völpel & Reichardt in Dresden
Görlitzer-Ring 1000 Dresden

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe. Dresdner Nachr. würtliche. Unveränderte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Rußlands „konsequente Friedenspolitik“.

Ein eigenes Programm für die Genfer Abrüstungsverhandlungen.

Ein Interview Litwinows.

Moskau, 21. Nov. Litwinow legte in einem Interview mit Vertretern der Sowjet- und der Auslandspresse den Standpunkt der Sowjetunion in der Abrüstungsfrage dar. Er führte u. a. aus: Die Regierung der Sowjetunion verweigert niemals ihr Mißtrauen gegenüber der Bereitschaft und der Fähigkeit kapitalistischer Länder zur Beilegung der Arme und zur Durchführung der Abrüstung, was durch die lebendige fruchtvolle Arbeit an der Abrüstung gerechtfertigt ist. Durch ihren Beschluß, eine Delegation zur bevorstehenden vierten Tagung der vorbereitenden Kommission und auch zur Abrüstungskonferenz zu entsenden, nimmt die Sowjetunion ihren Feinden die Möglichkeit, ihr ein etwaiges Mißlingen der Konferenz zuzuschreiben, und entzieht ihren Nachbarn den Anlaß, ihre Ablehnung der Abrüstung durch die Nichtteilnahme der Sowjetunion zu rechtfertigen.

Der Sowjetstaat betreibt eine konsequente Friedenspolitik. Er bietet allen seinen Nachbarn, und nicht allein seinen Nachbarn, den Abschluß von Nichtangriffspakten an. Wenn die kapitalistischen Länder die Verwirklichung des Planes einer vollen Abrüstung mit einem Male für unmöglich halten, so ist die Sowjetregierung auch mit einer allmählichen Durchführung dieses Planes in Terminen, die die Konferenz festzulegen hat, einverstanden.

Die Sowjetdelegation wird in Genf mit ihrem eigenen Programm erscheinen und jene Delegationen als ihre Verbündeten betrachten, die sich diesem Programm anschließen oder Anträge vorlegen, die sich in gleicher Richtung bewegen.

Die Russen in der Schweiz gegen die Sowjet-Delegation.

Basel, 22. Nov. Der Verteidigungsausschuß einer Gruppe Rußlandschweizer in Freiburg in der Schweiz ersucht in einem Offenen Brief an den Schweizerischen Bundesrat, der Sowjetdelegation nicht die Einreise in die Schweiz zur Teilnahme an der Abrüstungskonferenz des Völkerbundes zu gestatten. In dem Briefe heißt es u. a.: „Wir haben das Recht, unseren Mitbürgern zuzurufen, daß die sechs Jahrhunderte der Freiheit und Ehre der Schweiz Gefahr laufen, im nächsten Winter des Bolschewismus unterzugehen, wenn sich das Schweizer Volk nicht verteidigt.“

Zum Schluß droht das Verteidigungskomitee mit den Worten: „Wir machen es uns zur Pflicht, den Bundesrat davon in Kenntnis zu setzen, daß wir nicht stumme Zeugen des unheilvollen Werkes, dem sich die Agenten aus Moskau bei uns wie anderrorts widmen werden, sein wollen, und daß wir entschlossen sind, ihnen auf die gleiche Weise gegenüberzutreten, wie wir von ihnen in Rußland behandelt worden sind.“

Die bürgerliche Presse der deutschen Schweiz verurteilt aufs schärfste die in dem Briefe enthaltene Drohung. Sie erklärt, daß der Bundesrat der russischen Delegation in Genf einen ausreichenden Schutz zugesagt habe, und zum anderen darüber wachen werde, daß die russische Delegation in der Schweiz keine aufrührerische Propaganda treibe.

Die deutsche Delegation für Genf.

Berlin, 22. Nov. Die deutsche Delegation für die Mitte nächster Woche beginnenden Beratungen der vorbereitenden Abrüstungskommission in Genf besteht unter der Führung des Grafen Bernstorff aus Wehrmarschall Weisbacher vom Auswärtigen Amt, Oberst v. Völkicher, Reichswachtmeisterium, und Admiral v. Freiburg als Vertreter der Reichsmarineleitung.

Lord Cusheaden Nachfolger Ceells in Genf.

London, 22. Nov. Die Ernennung Lord Cusheaden als Führer der britischen Delegation bei den Verhandlungen der vorbereitenden Abrüstungskommission steht gleichzeitig seine endgültige Ernennung als Nachfolger Lord Ceells in seiner Eigenschaft als britischer Vertreter beim Völkerbund dar. Lord Cusheaden wird mit Ausnahme der Ratstagung, auf der Außenminister Chamberlain die britische Delegation führt, die Leitung der englischen Völkerbundsarbeiten übernehmen.

Man nimmt an, daß die Verhandlungen der vorbereitenden Abrüstungskommission nicht mehr als drei oder vier Tage dauern werden. Die Hauptaufgabe der Kommission wird darin bestehen, eine Kommission zu ernennen, die die Tagungsordnung für die Volltagungen im Februar oder März nächsten Jahres festlegen soll. Man hält es allerdings für möglich, daß die Anwesenheit der Sowjetdelegation unter Führung Litwinows die gegenwärtigen Besprechungen etwas verlängern wird.

„Deutsche Seereserven!“

Neue Phantasien des englischen Kriegsministers.

London, 22. Nov. In dem Streit über die Seeresstärke der europäischen Nationen hat Kriegsminister Worthington Evans wieder das Wort ergriffen und einen Brief an die „Daily Mail“ geschickt, in dem er ausführt: Wenn Lord George und Lord Rothemere nicht nur die Stärke der aktiven Seere, sondern auch der Reserven der Seereichen Nationen in Rechnung stellen, müßten sie auch die deutschen, österreichischen und anderen Reserven miteinrechnen. Lord Rothemere veröffentlicht im „Daily Mail“ eine Antwort auf diesen Brief und sagt, der Vergleich wolle nicht im geringsten, denn für die in Deutschland vorhandenen militärisch ausgebildeten Männer gebe es keine Waffen, während die Seereichen Nationen volle Ausrüstung für ihre Reservisten hätten.

Neun Jahre „verlorenes Land“.

Es gibt Dinge, die man sich ins Gedächtnis zurückerufen muß, obwohl sie Bunden aufreißten, und gerade ein so leicht zur Vergesslichkeit neigendes Volk wie das deutsche darf sich dem nicht entziehen. Wir denken am heutigen Tage zurück an jene Stunden vor neun Jahren, wo die letzten deutschen Feldgrauen die „wunderliche Stadt“ mit dem Minister Erwin von Steinbach, die Stadt des jungen Goethe, die Stätte uralter deutscher Kultur im Rücken lieben und bitteren Vergens über die Aehler Brücke hinüber in das niedergeworfene Deutsche Reich marschierten. Auf der Rathhaustreppe zur Strahburg aber fanden zu jener Stunde Männer, die gestern noch „treudeutsch“ gewesen waren und sich nicht ungern im Glanz des deutschen Kaiserreiches gefolgt hatten, bildeten den deutschen Soldaten nach und machten sich daran, die Tricolore aufzukleben, um die heranrückende französische Armee gebührend zu begrüßen. Ein Taumel, ein fast unbegreiflicher Taumel ergriff das deutsche Land am linken Oberrhein. Die Regie der Franzosen hatte gewirkt, und ein deutscher Volkstamm, der mit dem seine Existenz kämpfenden Reichs Jahre hindurchgequert hatte, bekam Weißbrot und roten Wein, und das bedeutet und erklärt zu solchen Zeiten manches.

Inzwischen freilich hat sich das Blatt gewendet. Die Enttäuschung ist auf breiter Front eingetroffen. Die Diskussionen sind verweht. Elsass-Votbringen begann sich auf sich selbst zu besinnen, so stark und so leidenschaftlich, daß die Franzosen heute schon letzte Druckmittel anwenden müssen, um wenigstens den Skandal nach außen hin einigermaßen unsichtbar zu machen. Im gleichen Maße als Frankreich bemüht ist, den Begriff Elsass-Votbringen auf einem Schenken werden zu lassen, verstärkt sich das Bewußtsein der „befreiten“ Bevölkerung, eine vollhaltige Einheit zu sein, und der Wille, diese Volksgemeinschaft vor dem Untergang im fremden Franzosentum zu retten. Die Franzosen sind rührig am Werke gewesen. Sie haben die Verwaltungseinheit Elsass-Votbringens bis auf geringe Reste zerhackt, und nur die in Paris als Kultus aufrechterhaltene „Generaldirektion für Elsass-Votbringen“ und einige kleinere Sonderverwaltungen im Lande selbst erinnern an die in deutscher Zeit aufgebaute verfassungsmäßige Staatshoheit des Landes. Manche Bestimmungen auf dem Gebiete des bürgerlichen und des Handelsrechts sollen noch für kurze Uebergangsjahre gelten, nur das freiwirtschaftliche Gemeindeverwaltungsrecht aus deutscher Zeit und die in Frankreich fehlende Sozialgesetzgebung, endlich die kirchengerichtliche Sonderstellung gegenüber Innerfrankreich sind Gebiete, auf denen sich der französische Assimilierungsdrang noch nicht hat durchsetzen können. Aber mündlos ist das Land gemacht worden. Es hat keine besondere Landesvertretung mehr, und die wenigen Abgeordneten in Pariser Kammer und Senat geht unter im Getriebe fremden Parlamentsmechanismus. Hand in Hand mit diesem „Abbruch“ auf organisatorischem Gebiet ging der Kampf gegen die kulturelle Eigenart, vor allem gegen die Muttersprache des Volkes, das Deutsche. Schon am ersten Tage wurde das Französisch als „Nationalsprache“ dekretiert. Noch bis vor zwei Jahren wurde kein hochdeutsches Theater gebildet, und auf den alten großen Straßburger Bühnen herrschte heute noch das französische Wort, selbst bei Wagner-Opern oder Mozarts „Jaubertlöse“.

In der Autonomiebewegung fand sich dann der Selbsthaltungswille des Landes wieder. Man süßte sich als Widerheit im französischen Staatskörper. Man verlor das Vertrauen zur Fähigkeit der französischen Nation, den besonderen Lebensbedingungen der „wiedergefundenen Brüder“ gerecht werden zu können. So forderte man ein Selbstbestimmungs- und Widerheitsrecht unter der Parole „Wir wollen mindestens so viele Freiheiten haben wie vor 1918“. Der „freie der Staaten“ aber verweigert Elsass-Votbringen selbst die Grundrechte. Der französische Zentralismus erträgt keine Selbstverwaltung, keine Autonomie. Man will die Entnationalisierung, die Assimilation. Man will den Untergang Elsass-Votbringens. Deshalb nimmt man dem Volke die Zeitungen, die die Wahrheit sprechen. Deshalb verbietet man ihm durch Drohungen den Mund. Deshalb wirft man Führer selbst aus altem elassischem Geschlecht in den Kerker. Ob man die Parlamentswahlen, die im nächsten Frühjahr stattfinden werden, fürchtet? Am neunten „Befreiungstage“ Elsass-Votbringens weilt nicht nur Deutschland, sondern auch die gesamte zivilisierte Welt, das hier ein großes Unrecht geschieht. Elsass-Votbringen ist wieder ein internationales Problem.

Wie schwierig dieses Problem Elsass-Votbringen tatsächlich geworden ist, davon geben die nachfolgenden Auslassungen über

die Pressepolitik im Elsas

ein klares und erschütterndes Bild, das ein Alt-Elsässer, der alle die französischen Unterdrückungsmahnen an Ort und Stelle miterleben muß, vor unseren Augen entrollt. Die Deimatredbewegung im Elsas, die der französischen Regierung seit langem ein Dorn im Auge ist und die trotz aller Feingungsversuche weite Volksschichten umfaßt, soll nunmehr mit Gewalt unterdrückt werden. Das Märchen von den „deutschen Feinden“ und dem „deutschen Geld“ hat sich bald als haltlos erwiesen, und wird ernstlich nicht mal mehr von der französischen chauvinistischen Presse vorgebracht. Es mußten

Reichstagsbeginn 3 Uhr nachmittags.

Wahlkampftimmung überall.

Wahlkampf Stimmung überall. Berlin, 22. Nov. Wie bereits gemeldet, gehen auf der Tagungsordnung der heute um 3 Uhr nachmittags beginnenden Reichstagsitzung nur kleine Vorträge neben der Beratung des nicht mehr umstrittenen deutsch-französischen Handelsvertrags. Von kommunistischer Seite wird der übliche Aufbau erwartet, um der Koalition Schwierigkeiten zu machen und die Auflösung des Reichstages zu erzwingen. Auch die Sozialdemokraten werden ihre Obstruktion fortsetzen. Zur Stunde tagen eine Anzahl von Fraktionen. Das Zentrum wird nach dem Plenum zusammenzutreten, um sich mit der völksparteilichen Resolution zum Schulgesetz zu befassen. Morgen tritt dann der Aelterenrat zusammen, um den endgültigen Arbeitsplan bis Weihnachten festzusetzen.

Es ist bereits darauf hingewiesen worden, daß man besonders in den Kreisen der Regierungsparteien bedauert, daß die Audschularbeiten über die mahgebenden Gelegenheiten noch nicht zum Abschluß gebracht werden konnten, und daß deshalb das Plenum vorläufig noch nicht die entscheidende Diskussion zur Verabschiedung der Vorlagen aufnehmen kann. In interfraktionellen Besprechungen wird man versuchen, die Dinge noch Möglichkeit zu beschleunigen. — Ungerechtfertigt sind die von demokratischer Seite verbreiteten Gerüchte, die Deutschnationalen seien durch den Verlust der Bismarckweilischen Tagung der Volkspartei benachteiligt. Wenn auch zugegeben werden muß, daß die Rede des Hrn. Kunze als sehr lateinisch bezeichnet wird, so meint man auf der anderen Seite, daß die Rede des Außenministers Dr. Stresemann gerade in puncto Schulgesetz verständlicher gestimmt gewesen sei. Doch man hier wieder wie überhaupt im gesamten Reichstags immer den kommenden Wahlkampf vor Augen hat, ist nach wie vor der Unterton aller Gespräche, die man in den Wandelhallen hört. Das doch auch gestern der Außenminister Dr. Stresemann in Braunschweig an seine Parteifreunde die Mahnung gerichtet, für alle Fälle zum Wahlkampf gerüstet zu sein.

Bürgerliche Einheitsliste in Oldenburg.

Berlin, 22. November. Deutschnationale Völkspartei, Deutsche Volkspartei und Demokraten haben für die bevorstehenden Landtagswahlen in Oldenburg eine Einheitsliste aufgestellt. Leider haben es die wirtschaftlichen Organisationen für richtig gehalten, gesondert vorzugehen und auch ihrerseits eine gemeinsame Liste unter dem Kennwort „Spartame Wirtschaft“ aufgestellt.

Die Handelsbilanz im Oktober.

Die Einfuhr steigt mehr als die Ausfuhr. Berlin, 22. Nov. Der deutsche Außenhandel zeigt im Oktober 1927 im reinen Warenverkehr einen Einfuhrüberschuß von 284 Millionen Mark gegen 242 Millionen Mark im Vormonat. Die Einfuhr im reinen Warenverkehr zeigt im Oktober gegenüber dem Vormonat eine Zunahme um 70 Millionen Mark. Daran sind beteiligt Lebensmittel und Getränke mit 19 Millionen Mark, Rohstoffe und halbfertige Waren mit 27 Millionen Mark, und Fertigwaren mit 24 Millionen Mark. Die Ausfuhr hat im Oktober im allgemeinen ihre Aufwärtstbewegung fortgesetzt und liegt um 28 Millionen Mark über der Ausfuhr des Vormonats. Gefolgt ist die Ausfuhr an Lebensmitteln um 6 Millionen Mark, und die Fertigwarenausfuhr um 25 Millionen Mark. Die Rohstoffausfuhr zeigt dagegen eine leichte Abnahme. Die Einfuhr an Gold und Silber hat sich gegenüber dem Vormonat nur unwesentlich verändert. (W. T. B.)

Die westdeutschen Gemeinden gegen Straß

Straßburg. Straßburg, 22. Nov. Zwischen den westdeutschen kommunalen Verbänden besteht seit der Einleitung einer gemeinsamen Protestkundgebung der deutschen Gemeinden gegen die vom Reichsbaupräsidenten Straß in seiner Vorkommern Rede erhobenen Vorwürfe über die Ausgabenwirtschaft der deutschen Gemeinden. Der Reichsbaupräsident soll aufgefordert werden, konkrete Unterlagen für seine Behauptung zu beschaffen. T